Margit Mayer

Großstadt und neue soziale Bewegungen

Eine Einführung

Die Bilder, die wir zum Begriff "städtischer sozialer Bewegungen" assoziieren, beschwören von breiter Unterstützung getragene militante Hausbesetzungen, Blockaden von Räumungsbaggern, Störung öffentlicher Hearings, phantasievolle Sit-ins oder Experimente mit utopischen Wohn- und Lebensformen. Diese Bilder scheinen einer vergangenen Ära anzugehören; falls sie heute aufscheinen, fehlt entweder die breite Mobilisierung, oder der Bedeutungsgehalt ist ein anderer. Auch die Stadtforschung spricht in den letzten Jahren von einer "bewegungsarmen Situation", registriert lediglich punktuelle, sporadische Protestaktivitäten, diagnostiziert die Entpolitisierung, Kooptation oder gar den Niedergang städtischer sozialer Bewegungen.[1] In der Bewegungsforschung, die unserem Gegenstand auf der Spur bleiben könnte, klafft ebenfalls ein Loch: Hier wird das spezifisch Städtische an sozialen Bewegungen bislang systematisch durch andere Thematisierungen verdeckt (z.B. Alternativbewegung, Selbsthilfebewegung etc.)

Gegenläufig zu diesen Trends werden in diesem Heft die städtischen Akzente bei neuen sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen und die Verbindungslinien zwischen "alten" und "neuen" städtischen Bewegungen aufgespürt. Auf den ersten Blick haben die militanten Hausbesetzungen von gestern nicht viel mit den heutigen Instandbesetzungsprogrammen dank Staatsknete gemein - und noch weniger mit den aktuellen Angriffen von marginalisierten Teilen der städtischen Bewegung auf Stattbau / Berlin oder Yuppie-Kneipen beispielsweise in Kreuzberg. Oder die Ghetto-Aufstände, die die Stadtrevolte in den amerikanischen Städten der 60er Jahre prägten: Was haben sie mit den Stadtteilgruppen und -entwicklungsgesellschaften, die das Rückgrat des "Neighborhood Movement" der 70er und 80er Jahre ausmachen, gemein? Und was mit den Tompkins Square Riots, in denen vor zwei Jahren der Protest gegen die Gentrifizierung von Manhattans Lower East Side explodierte, und der sich *auch* gegen die inzwischen etablierten Stadtteilentwicklungsgesellschaften richtete?

Städtische soziale Bewegungen tauchen offensichtlich - je nach Ort und Zeit - in unterschiedlichen Ausformungen auf, und unterscheiden sich schon dadurch von den "typischen" neuen sozialen Bewegungen (Ökologie-, Friedens-, Frauen- oder Anti-AKW-Bewegung), daß die Zusammensetzung ihrer Träger, die umkämpften Issues und die aufgestellten Ziele hoch variabel sein können. Sie sind also nur unter historisch und national spezifischen Bedingungen beschreibbar. Aber dennoch sind es nicht völlig kontingente Entwicklungen. Vielmehr soll hier der These nachgegangen werden, daß der gemeinsame Nenner solcher sozialen Konflikte und Bewegungen *mehr* ist als die Addierung der stadtpolitisch relevanten Aspekte der neuen sozialen Bewegungen; daß städtische soziale Bewegungen *eigene* Entwicklungsmuster hervorgebracht haben, die - trotz enormer Unterschiede der Mechanismen, mit denen Bürger und Kommunen Einfluß auf den politischen Entscheidungsprozeß nehmen - auch international vergleichbar sind. Diese Entwicklungsmuster aufzuspüren ist sowohl für den sozialwissenschaftlichen wie den bewegungsinternen Diskurs v.a. notwendig, um die kommunalpolitischen Bezüge von Institutionalisierungsprozessen der neuen sozialen Bewegungen - etwa innerhalb alternativer Kommunalpolitik, über Gleichstellungsstellen etc. - zu verstehen.

I. Der gemeinsame Nenner städtischer sozialer Bewegungen

Städtische Bewegungen, auch wenn sie bisweilen den "neuen sozialen Bewegungen" zugeordnet werden (weil sie an dem Bewegungszyklus partizipieren, der in den 1960er Jahren einsetzte)[2], liegen "quer" zu den Kategorien, den Themen und Arenen des NSB-Diskurses. Sie lassen sich weder durch neue Issues noch durch neue Akteure noch durch neue Handlungsrepertoires eindeutig eingrenzen (wie dies häufig für die ökologie-, Friedens-, Alternativ- oder neue Frauenbewegung unternommen wird), sondern scheinen sich eher über den Ort ihrer Mobilisierung zu definieren. Dieser "Ort" beherbergt die Voraussetzungen der Reproduktion der Arbeitskraft (Wohnung, Einkaufsmöglichkeiten, Kindergärten etc.), er stellt sowohl "gebaute Umgebung" wie gewachsene Milieus und Netzwerke dar. Unter Bedingungen kapitalitalistischer Entwicklung implizieren diese Voraussetzungen spezifische Problemlagen, die von Oppositionsbewegungen artikuliert werden (Probleme mit der Wohnungsversorgung, Sozialleistungen statt produktionsbezogener Infrastruktur, Mobilisierung gegen die Aufwertung bestimmter Stadtteile oder gegen die Zerstörung von Milieus etc.). Ferner bewirkt die Verfaßtheit des politischen Systems, daß kommunale Aufgaben zu Auslösern von Konflikten werden können (z.B. wenn sich Bürgerinitiativen gegen einen Flächennutzungsplan wenden). Darüberhinaus werden "städtische Problemlagen" auch schlicht dadurch generiert, daß sie sich auf lokaler Ebene konkret manifestieren: Die Risiken moderner Technologien äußern sich zunächst örtlich, und Auseinandersetzungen um die Umweltqualität, um Energieversorgung oder Müllproblematik lokalisieren sich deshalb häufig in der Kommune. Aber auch die bloße Verdichtung (Agglomeration) bringt in vielen Bereichen eine "kritische Masse" hervor, die Voraussetzung für und spezifischen Einfluß auf die Bewegungen darstellt: Entstehung und Dynamik von Alternativbewegung, Schwulenbewegung oder Frauenbewegung sind ohne die spezifisch städtische Subkultur- und Milieubildung nicht denkbar.

Solch unterschiedliche Bezüge zur Stadt sind gemeint, wenn von spezifisch städtischen Problemlagen und Bewegungen die Rede ist. Häufig werden sogar Projekte und Bewegungen subsumiert (VoBo, Frieden, Frauen), die sich eher "zufällig" in der Stadt abspielen. Dies erscheint nicht nur deshalb legitim, weil städtisches Milieu und städtische Infrastruktur ihre Voraussetzung bilden, sondern auch, weil diese Aktivitäten zunehmend in kommunalpolitische Strategien integriert werden: sei es, um Urbanität zu entwickeln (oder zu vermarkten), sei es, um neuartige soziale Probleme (mittels Basisnähe und Feinsteuerung) besser zu lösen. Sowohl Forderungen als auch Akteure der Frauen- wie der Umweltbewegung werden zunehmend in die Kommunalpolitik integriert (s. Beiträge zu Frankfurt in diesem Heft).

Um den gemeinsamen Nenner solch disparater Bewegungen zu eruieren, sind die gängigen Raster der NSB-Diskussion nicht tauglich: Das spezifisch Städtische wird von den dort entwickelten Forschungsfragen und Hypothesen gerade verdeckt.[3] Auch andere sozialwissenschaftliche Disziplinen - etwa die Stadtsoziologie, lokale Politikforschung oder die BI-Forschung - bearbeiten jeweils einen Zipfel, aber nicht städtische Bewegungen als solche. In den 70er Jahren versuchte man, den gemeinsamen Nenner der städtischen sozialen Bewegungen in den Grenzen und Widersprüchen der kollektiven Konsumtion auszumachen (vgl. Castells, 1977) oder in den Restriktionen zentralstaatlicher Vorgaben für die lokale Ebene (vgl. Grauhan, 1975). Damit waren möglicherweise zentrale Erscheinungsformen städtischer Konflikte und Bewegungen der fordistischen Phase benannt, aber die Erscheinungsformen wurden bald unübersichtlicher und disparater.[4] Politische Auseinandersetzungen um Chancen und Einrichtungen der kollektiven Konsumtion können nicht mehr als das "eigentliche Feld" städtischer Politik (im Gegensatz zur zentralstaatlichen Ebene, wo die Konflikte der Pro-

duktionssphäre angesiedelt wurden) behauptet werden. Inzwischen ist offensichtlich, daß auch die lokale Ebene ökonomische und den Produktionsprozeß betreffende Funktionen wahrnimmt, dabei sogar eine zunehmend wichtigere Rolle spielt![5] Und inzwischen hat eine neue Hierarchisierung der Städte sowie die Erfahrung unterschiedlicher Stadtregierungen unterschiedliche Optionen und Entwicklungswege der Kommune wieder betont, so daß die lokale Ebene nicht mehr allein als "verlängerter Arm" des Zentralstaats erklärt werden kann.

Wenn wir hier die Entwicklungsmuster städtischer Bewegungen ins Zentrum rücken, so ist dies sicherlich nur auf dem Hintergrund der Entwicklung städtischer Konflikte sinnvoll, die sich in den unterschiedlichen Phasen kapitalistischer Entwicklung unterschiedlich darstellten. In diesen Phasen ist "die Stadt" in den entwickelten westlichen Ländern jeweils von durchaus vergleichbaren Krisenauswirkungen und Umstrukturierungen gekennzeichnet. Damit sind nicht nur die spezifisch räumlichen Auswirkungen der Modernisierungsprozesse (wie die der De-und Reindustrialisierung, der Stadtzerstörung, Sanierung oder Aufwertung) gemeint, sondern auch die sozialen und kulturellen Uniformierungsprozesse von Wohn- und Lebensstilen, die gleichzeitig zu einer verstärkten Ausgrenzung und Diskriminierung von Gruppen, die sich diesem Prozeß nicht anpasssen (können oder wollen), tendieren. Dieser Prozeß betrifft das Leben im inneren Großstadtraum besonders stark, da hier die Umstrukturierungsprozesse dichteste Bestände gewachsener Lebensformen und sozialer Beziehungen zu "enteignen" drohen; zum anderen konzentrieren sich hier gesellschaftliche Gruppen, die von den Modernisierungsprozessen besonders empfindlich getroffen werden ("soziale Problemgruppen") *und* solche, denen bei der kulturellen Umorientierung und Pluralisierung von Lebensstilen eine Vorreiterrolle zukommt.

Dabei wurde "Stadt" bzw. "Großstadt" unter höchst unterschiedlichen Vorzeichen thematisiert: Die Losungen variieren von "Zurück auf's Land" (die Verherrlichung von Kleinräumigkeit und Überschaubarkeit hat bei manchen Bewegungen heute wieder Renaissance!) über "Nehen wir uns die Stadt!" bis hin zur neuen Urbanität. In den verschiedenen Bewegungen der 70er und frühen 80er Jahre ging es nicht nur um partikulare Mobilisierungen gegen bestimmte Planungs-Projekte, auch nicht nur um ein Dach über dem Kopf, sondern um eine andere Aneignung der Stadt. Es handelt sich bei den städtischen Bewegungen also keineswegs jeweils um vergleichbare Akteure und Träger, die Ziele sind genauso variabel wie die Organisationsformen und die ideologische Zusammensetzung. Diese Veränderungen ergeben für die bundesdeutsche Nachkriegsentwicklung (aber, mit gewissen Verschiebungen, auch für andere entwickelte westliche Nationen) ein bestimmtes "Karrieremuster" städtischer Bewegungen[6]: Über diverse Vorläufer entsteht eine breite, oft fundamentalistische, städtische Oppositionsbewegung, die sich allmählich (teils gespalten, teils marginalisert) in eine pragmatischere Bewegungsszene transformiert, um in den 80er Jahren als Innovationsreserve in neuen Verhandlungsstrukturen zu fungieren und gleichzeitig neue Konfliktlinien mitzuproduzieren. Diese Entwicklungsdynamik städtischer Bewegungen soll im folgenden auf der Folie der Phasen städtischer Entwicklung und der ihnen eigenen Konfliktmuster nachgezeichnet werden.

II. Phasen städtischer Konflikte und städtischer Bewegungen[7]

1. Innerstädtische Sanierung

Während die unmittelbare Nachriegsentwicklung von kaltem Krieg und deutschem Wirtschaftswunder beherrscht war, deuten sich ab Mitte der 60er Jahre mit dem Ausbau des (sozialdemokratische) keynesianisch-sozialstaatlichen Entwicklungsmodells spezifische Konfliktlinien an. Die Ausweitung der Instru-

mente und Instanzen zentralstaatlicher Planung und Steuerung verfolgten das Ziel, die Segnungen des fordistischen Modernisierungsprozesses möglichst gleichmäßig zu verteilen. Dem lokalen Staat kam dabei die Aufgabe zu, die städtische Infrastruktur und Sozialeinrichtungen auszubauen (Straßennetz, Schulen, Kindergärten, Kliniken, sozialer Wohnungsbau) und die Nutzung des städtischen Raums zu planen. Flächensanierung und moderner Wohnungsbau prägten landauf, landab (nicht nur sozialdemokratische) Landes- und Kommunalpolitik. Flächenhafter Abriß ganzer gründerzeitlicher Stadtquartiere (z.B. in Berlin) und deren Ersatz durch modernen Wohnungsbau bildeten den Höhepunkt und zugleich die Krise der sozialdemokratischen Kommunalpolitik. Diese Form des Ausbaus städtischer Infrastruktur und Sozialeinrichtungen hat die Zonierung städtischen Raums (in Wohn-, Erholungs-, Einkaufs- und Industriegebiete) vorangetrieben - wobei auch gewachsene Stadtteile zerstört wurden - , sie hat Konsumnormen angehoben - und dabei auch Lebensweisen standardisiert.

Die erste Phase städtischer Oppositionsbewegungen (60er und erste Hälfte der 70er Jahre) war getragen von Bürgerinitiativen gegen Sanierungspläne, große Infrastruktur- und Straßenbauprojekte, die als Initiativen unmittelbar betroffener Bürger- ihre jeweiligen Wohn- und Lebensbedingungen zu verteidigen suchten. Diese BIs entwickelten sich oft aus existierenden Honoratiorenverbänden und Bürgervereinen. In der Wahl der Methoden zur Verteidigung des Stadtteils waren sie meist pragmatisch: Bevorzugt waren professionell-orientierte Strategien ("Planungsalternativen von unten"), aber man scheute auch vor offenem Protest auf der Straße nicht zurück. Nicht nur um den Ausbau der Infrastruktur gab es Auseinandersetzungen, auch um Preis, Qualität, Mitgestaltung. Um kulturelle Normen der öffentlichen Einrichtungen des kollektiven Konsums, die für den Ausbau des kynesianisch-sozialdemokratischen Entwicklungsmodells zentral waren, entstanden Konflikte, die sich in lokalen Mobilisierungen (v.a. um öffentliche Verkehrsmittel, Schulen, Kinderläden) ausdrückten. Auch formierten sich Initiativen aus der jugendlichen Protestbewegung, die ihre Wurzeln in der antiautoritären Bewegung der 60er Jahre hatte. Im Lauf der 70 Jahre wurde diese lokale Szene ergänzt durch eine Welle von Basis- und Stadtteilgruppen, die aus den vormaligen politischen Projekten der außerparlamentarischen Opposition hervorgingen. Sie reagierten bereits auf die Kosten und Belastungen, die der fordistische Klassenkompromiß den aus dem Pakt Ausgeschlossenen aufbürdete.

Die staatlichen Konzessionen, selbst während der sozialdemokratischen Reformphase 1971 - 74, erschöpften sich jedoch in bescheidenen Anhörungs- und Beteiligungsangeboten. Der Übergang 1974 zur (Schmidtschen) Krisenpolitik führte schließlich zu einer völligen Abschottung der institutionellen Politik; städtische Opposition und Protest überhaupt wurden delegitimiert. Gleichzeitig raubten politische Zentralisierungsmaßnahmen den Kommunen noch mehr Handlungsspielraum.[8]

Im Lauf der Hausbesetzungen, Mietstreiks und Demos gegen Sanierung und Entmietungen bildete sich immerhin ein dichtes Netz von selbstorganisierten Formen des Zusammenlebens und Arbeitens im städtischen Bewegungsmilieu, in dem eigene organisatorische Ansätze (wenngleich unterschiedlicher Stabilität) entwickelt wurden.

Auch in den USA war diese Phase von einer breiten Bewegung charakterisiert, die versuchte, Kahlschlagsanierung, Verkehrsplanung und tertiäre Umnutzung zu stoppen - allerdings begleitet von militanten Ghettoaufständen. (Mollenkopf, 1983; Mayer, 1987)

2. Städtische Restrukturierung

Spätestens Mitte der 70er Jahre waren die Grenzen des fordistischen Entwicklungsmodells offensichlich geworden: Wachsende Folgekosten der Massenproduktion und des Massenkonsums sowie die Politisierung dieser Folgekosten drosselten die Wachstumsraten und ließen neue soziale Konflikte und neue Bewegungen entstehen, die diese Kosten - Zerstörung der Städte und massive ökologische Probleme - auf die Tagesordnung setzten.

Die ökonomischen Umstrukturierungen, die unternommen wurden, um der Krise des Fordismus zu begegnen, vermehrten den Anteil der gesellschaftlichen Gruppen, die vom "Segen des Wachstums" ausgeschlossen bleiben, was dazu führte, daß im Verlauf der 70er Jahre neue soziale und politische Träger städtischer Opposition entstanden: radikale Instandbesetzer, heterogene Alternativprojekte und grün-bunte Parteien nahmen dort Platz, wo vorher BIs und Mietergruppen mobilisert hatten. Die Geschlossenheit des bundesdeutschen Wachstumskartells begünstigte eine radikal-oppositionelle Selbstdeutung der lokalen Bewegungsmilieus und erleichterte das Zusammenkommen enttäuschter BIs, radikaler städtischer Opposition und lokaler NSB-Projekte (Frauen, Frieden) in ersten lokalen Wahlbündnissen. Kennzeichnend für diese Phase war die Ökologisierung des Protests und die Suche nach fundamentalen und verallgemeinerbaren Alternativen. (Roth, 1990b)

Auch in den gemeinsamen Aktionen der Hausbesetzerbewegung kamen z.T. höchst unterschiedliche Ziele vertretende Gruppen zusammen: Bürger- und Mieterinitiativen, jugendliche Ausgegrenzte, alternative politische Gruppen. Ihre Interessen reichten von behutsamer Stadterneuerung und Selbsthilfe in der Wohnungssanierung über Nischen in abgesichertem Milieu, vom Kampf gegen den Staat zum schlichten Interesse an günstigen räumlichen Bedingungen für politische Projekte. Gemeinsam war ihnen jedoch die radikale Kritik an der staatlichen Wohnungspolitik, über weite Strecken auch die Ablehnung herrschender Produktions- und Konsumnormen. Anspruch auf Selbstbestimmung, staatsfreie Privatsphäre und Abbau von Kontrolle waren die Merkmale der städtischen Bewegungen während dieser Hochphase. Diese städtische Opposition konnte nicht mehr marginalisiert werden. Sie büßten jedoch in dem Maß, mit dem sich ihre Protestmotive verbreiteten, auch ihre radikale Kraft ein. So formierte sich gegen Mitte der 80er Jahre die Bewegung zu einer breit gefächerten, aber pragmatischer orientierten Bewegungsszene, die sich allmählich sowohl auf den "Markt" als auch auf den "Staat" einließ.

Auch in den USA vermischte sich eine höchst heterogene Protestkultur - aus verschiedenen Richtungen kommend und vom Kontext der gegenkulturellen Mobilisierung der 60er Jahre durchwirkt - zu dem, was die Beobachter als "urban revolution" bezeichneten.[9] Ihre Selbstdeutung war jedoch um einiges pragmatischer als die durch den deutschen Sicherheitsstaat beförderte der hiesigen Bewegungen. Auch förderte der amerikanische Staat schon in den 70er Jahren Stadtsanierung mittels privater Initiativen und mit expliziter Einbeziehung von Stadtteilorganisationen als politischer Repräsentanz marginaliserter und auch oppositioneller städtischer Gruppen, so daß hier eine Transformation "from protest to program" früher und reibungsloser einsetzte als in der BRD. (Vgl. Mayer, 1987)

3. Neue Polarisierungen - und neue Verhandlungsstrukturen

Räumliche Folgen der Krise des Fordismus und der Umstrukturierung waren sowohl neue regionale Polarisierungen (Süd-Nord-Gefälle) als auch Polarisierungen innerhalb der städtischen Agglomerationen. Hohe Dauerarbeitslosigkeit und das Anwachsen ungesicherter Beschäftigungsverhältnisse sind durchaus Merkmale der neuen "dynamischen" Wachstumssektoren; sie belasten v.a. die kommunalen Haushalte. Auch ökologische Altlasten (Müllprobleme, Smog, Verkehr, Wasserversorgung) fallen weitgehend in kommunale Zuständigkeit. Während zenralstaatliche Sparpolitik die kommunalen Finanzspielräume zunehmend einschränkt, Krisenlasten sich aber auf lokaler Ebene kummulieren und die interkommunale Konkurrenz sich intensiviert, suchen viele Kommunen diese Dillematas durch aktives Management, "privat-public partnerships" und unkonventionelle Politiken kleinzuarbeiten. Die dafür notwendigen aktiven Koordinations- und Steuerungsleistungen sind nur in flexibler Zusammenarbeit mit den die jeweiligen lokalen Interessen repräsentierenden Gremien zu erbringen.

Gleichzeitig nimmt das Stadtwachstum neue Fomen an: Revitalisierung und Gentrifizierung

der Innenstädte, Wachstum polyzentrischer Agglomerationen und neue Formen kleinräumiger Segregation lösen die fordistischen Zonen und Ringe auf. Neue Subventionsprogramme für Neubau und Altbauerneuerung wurden aufgelegt; dabei wurden private Anlagegesellschaften gegenüber den öffentlich kontrollierten Baugesellschaften bevorzugt. Kleinteilige Verfahren der Altbauerneuerung wurden eingeführt, Miet- und Planungsrecht wurden liberalisiert. Wie in der amerikanischen *Gentrification* vollzieht sich die städtische Umstrukturierung ungeplant, entsprechend den Marktgesetzen, d.h. kleinteilig und eher unmerklich.

Dies deregulierte, flexibilisierte Wachstum schafft neue Ausgrenzungen: Obdachlosigkeitsraten explodieren, selbst in den wachsenden Städten.[10] Dauerarbeitslosigkeit und ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse gehören zu den Merkmalen des neuen Wachstums. Gewinner sind nicht nur bei den Yuppies, sondern auch in den Reihen der oppositionellen städtischen Bewegungen zu finden, insbesondere unter Mitarbeitern und Initiatoren der vielen geförderten Projekte und intermediären Organisationen, die nun längerfristig abgesichert und gesellschaftlich relativ anerkannt arbeiten.

Weil stadtteilbezogene Organisationen sich bei der Entwicklung flexibler Vermittlungsformen den traditionellen (wohlfahrtsstaatlichen) Organisationen als überlegen erwiesen haben, wird staatliche Förderung von Selbsthilfe-Projekten in der Sanierung, im Sozial- und Gesundheitswesen, und in der Kulturpolitik ausgebaut. Gleichzeitig mit partieller Deregulierung und Leistungsrücknahme werden also neue Verhandlungsstrukturen installiert und neue Formen staatlich gestützter Selbststeuerung erprobt, in die aus der städtischen Bewegung entstandene Organisationen eingebunden werden. Das heißt, die städtischen Bewegungen der späten 80er Jahre haben sich, im Kontext der krisenerzwungenen Politisierung der kommunalen Ebene, grundlegend verändert. Ihnen kommen jetzt vielschichtige und widersprüchliche Funktionen zu, gerade weil sie sich durch "hohe Polyvalenz" auszeichnen, "was die Gleichzeitigkeit wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Zielsetzungen betrifft." (Evers, 1988)

Einerseits werden mit Hilfe der neuen intermediären Organisationen lokale konkrete Verbesserungen erzielt, die in vieler Hinsicht besser sind als vom Staat oder Kapital bereitgestellte Möglichkeiten. Zugleich werden marginalisierte Bevölkerungsgruppen, die durch traditionelle Integrationsmaßnahmen nicht erreichbar sind, zur Partizipation animiert. In dieser Kooperation bilden sich, drittens, manche Kollektive, Beratungsinstitutionen oder Stadtteilentwicklungsgesellschaften zu Arbeitsvermittlern neuen Typs heraus, die gleichzeitig mit der Bearbeitung sozialer und ökologischer Probleme auch billige Arbeitskräfte über Gelder eines kommunalen zweiten Arbeitsmarktes vermitteln und sich selbst im Management der neuen parastaatlichen Organisationen professionalisieren.

Während die lokalen Bewegungsmilieus durch Teilhabe an staatlichen Förderprogrammen - und unterstützt durch ihre parlamentarische Repräsentanz - "auf Dauer" gestellt wurden[11], veränderte sich nicht nur ihr intermediäres Umfeld (durch grün-alternative Listen auf kommunaler Ebene sowie durch neue kommunale Insitutionen wie Frauengleichstellungsstellen, Umweltbeauftragte, Beratungsstellen für zweite Arbeitsmärkte etc.), sondern auch die soziale Zusammensetzung der Bewegungsszene selbst. Die Szene differenziert sich zunehmend in "Arrivierte" und "Marginalisierte", die Spannungen zwischen den verschiedenen Gruppen zeigen sich in Aktionen gegen Stattbau in Berlin genauso wie in "unorganisierten" Besetzungen von leerstehenden Häusern in der Lower East Side, mit denen die inzwischen etablierte Stadtteilgruppe doch ihre Instandsetzungsprogramme durchführen wollte. (Vgl. Smith, 1989)

III. Ansatzpunkte städtischer Bewegungen in den 90er Jahren

Solche Implosionserscheinungen innerhalb der Bewegungsszene markieren wichtige Veränderungen, genauso wie die Einpassung der ökologisch-orientierten Alternativprojekte in postfordistisch flexibilisierte Politikmodelle ein verändertes Verhältnis zwischen Bewegungen und Staat signalisiert: Sie müssen wahrgenommen und untersucht werden. Jedoch erschöpft sich das Feld städtischer Bewegungen noch nicht in diesem neuen Antagonismus, wo die einen als Schicki-Micki bekämpfen, was die andern als Errungenschaft der behutsamen, partizipatorischen Stadterneuerung verteidigen (Schmoll, 1990). Entsprechend den neuen gesellschaftlichen Differenzierungs- und Segmentierungsprozessen entstehen vielmehr höchst vielschichtige neue Polarisierungen und Spaltungen, die sich in den existierenden politischen Parteien- und den gewohnten Bewegungssystemen schwer Ausdruck verschaffen können. Folglich beobachten wir unkonventionelle Bündnisse und Bewegungen, die verschiedenste Mittel und Wege explorieren, um ihren Wiederstand oder ihre Forderungen zu artikulieren. Wo Deindustrialisierung und Disinvestment drohen, verbünden sich Gewerkschaften mit Industrieverbänden, um protektionistische Forderungen durchzusetzen. Wo rasantes Wachstum problematische Folgen zu zeigen beginnt, koalieren Konservative mit Progressiven gegen Investoren und Planer, deren Wachstumsstrategien die Lebensqualität einer Stadt zu ruinieren drohen. Sowohl christdemokratische als auch rot-grüne Stadtregierungen experimentieren mit der Neuformulierung von Politikinhalten und Diskursformen, bisweilen in sehr ähnlicher Weise.

Zumeist jedoch mobilisieren die Bewegungen im Rahmen der jeweiligen Segmentationsmuster: tertiarisierte städtische Mittelschichten für wachstumsfeindliche und ökologische Ziele, pragmatisierte Bürgerinitiativen mit wechselnden Themen und durchaus gegen eine rot-grüne Kommunalregierung, marginalisierte und flexiblisierte Gruppen für das alltägliche Überleben und für eine menschenwürdige Stadt.

Vor allem in den USA häufen sich in den letzten Jahren BIs gegen Stadtwachstum (sog. "locally-based anti-growth movements", vgl. Scott, 1990). In Orange County (Kalifornien) bildeten sich "Quality of Life Coalitions" von linken Demokraten und rechten Republikanern, um Zersiedlung, Luftverschmutzung und erdrückenden Verkehrströmen Einhalt zu gebieten. Dank lokaler Autonomie und plebiszitärer Planungsmechanismen kam es in den letzten Jahren immer häufiger zu Referenden bzw. Wahlinitiativen, um die Zahl der Baugenehmigungen zu reduzieren oder um stärkere Baudichten zu verhindern.

Während solche Kampagnen (v.a. in prosperierenden Wohngemeinden) häufig zu Konflikten mit ärmeren, meist ethnischen Bezirken führen, wo restriktive Planung eher als Luxus für privilegierte Gruppen wahrgenommen wird, mehren sich ökologische Proteste auch in armen, in rassisch minoritären und in Arbeitervierteln. (Vgl. Bullard, 1990; Krauss, 1990) Während die einen für eine bessere Lebensqualität zu zahlen bereit sind und - wenn's sein muß - zu kämpfen, machen andere - v.a. in konkreten Aktionen gegen Alt- und Neulasten, Giftabfall oder Verbrennungsanlagen - immer wieder die Erfahrung abweisender, lügender und zynischer staatlicher Behörden, deren Politisierungseffekte immerhin vereinzelt von der Bewegungsforschung aufgegriffen werden. (Vgl. z.B. Walsh 1988)

Die Rebellionen und Alltagskämpfe der Marginalisierten sind nicht minder vielschichtig. Zwar hat die Lebensqualität im innerstädtischen Ghetto selten mit Verkehrsverstopfung zu tun: Hier geht es um Arbeitslosigkeit, Drogen, Kriminalität und menschenwürdige Wohnraumversorgung. Dies bedeutet nicht notwendig einen sozialräumlichen Konflikt (wie ihn Keil in diesem Heft am Beispiel einer gemeinsamen Initiative gegen eine Müllverbrennungsanlage in Los Angeles illustriert). Diesem sozialen Raum eigen jedoch ist die wichtige Rolle der infor-

mellen Ökonomie. Sie stellt zwar einerseits (zusammen mit prekären Beschäftigungsverhältnissen) ein integrales Element des postfordistischen Wachstumsmodells dar, dient aber zugleich auch als Überlebensstrategie für die, denen garantiertes Einkommen, gewerkschaftliche Organisation und häufig sogar Bürgerrechte versagt sind. Sie ist durchsetzt mit Selbsthilfe-Institutionen wie Arbeitslosenzentren, Wohngenossenschaften und Suppenküchen. Die Ausgegrenzten werden von existierenden und neu entstehenden kirchlichen und menschenrechtsorientierten Organisationen unterstützt. Obdachlosenprojekte sowie Unterstützergruppen für Immigranten und politische Flüchtlinge skandalieren die Mißstände; Ausländergruppen und autonome Gruppen greifen ebenfalls ein in den Kampf um menschenwürdige Wohn- und Lebensmöglichkeiten in der restrukturierten Stadt. In der zunehmenden Internationalisierung - man könnte präziser von "Dritt-Weltisierung" sprechen - dieser metropolitanen Räume liegt jedoch noch eine weitgehend unerschlossene Herausforderung für die städtischen Bewegungen der 90er Jahre.

Offensichtlich haben städtische soziale Bewegungen im Verlauf der oben skizzierten Phasen ihr Gesicht verändert, aber es *gibt* sie nach wie vor. Die städtischen Bewegungen der 90er Jahre setzen sich aus unterschiedlichen Fragmenten zusammen, sind vielschichtig und in sich gespalten, sind von neuen Institutionalisierungsprozessen gekennzeichnet und liefern Impulse für innovative Kommunalpolitik. Dennoch gibt es nach wie vor "grassroots" Mobilisierung wie auch gewaltsame riots. Nicht zuletzt, weil dies Muster auch für die Entwicklung anderer neuer sozialer Bewegungen relevant zu sein scheint, ging es nun darum, diese Verschiebungen genauer zu verstehen (anstatt vorschnell das Ende der Bewegungen oder das Ende "des Sozialen" zu proklamieren).

Die Beiträge in diesem Heft sind diesen Verschiebungen auf der Spur, aber sie stellen nur einen Anfang dar. Um das angedeutete eigene Entwicklungsmuster städtischer Bewegungen tatsächlich zu entwickeln - um so die Rolle und Entwicklungschancen städtischer Bewegungen in den gegenwärtigen Umstrukturierungen bestimmen zu können -, ist gezielte empirische Forschung, die Aufarbeitung existierender Fallstudien, sind vergleichende Projekte städtischer Bewegungen dringend angesagt.

Margit Mayer lehrt Politik am John F. Kennedy-Institut für Nordamerikastudien der FU Berlin.

Literatur

Bullard, Robert D., 1990. Dumping in Dixie: Race, Class and Environmental Quality. Boulder, Co.: Westview Press.
Castells, Manuel, 1977. The urban question. A moralist approach. London: Edward Arnold (frz. 1973)
Castells, Manuel, 1983. The City and the Grassroots. A cross-Cultural Theory of Urban Social Movements. London: Edward Arnold.
Evers, Adalbert, 1988. "Intermediäre Institutionen und pluralistische Verhaldungssysteme in der lokalen Politik," 17. Kongreß der DVPW, Darmstadt.
Susan Fainstein, 1987. "Local Mobilization and Economic Discontent," in: J. Feagin, M.P. Smith, Ed., The Capitalist City. New York: Basil Blackwell.
Gottdiener, Marc, 1987. The Decline of Urban Politics. Political Theory and the Crisis of the Local State. Newbury Parl: Sage.
Grauhan, Rolf-Richard, 1975. Lokale Politikforschung, 2 Bde. Frankfurt/New York: Campus.
Harvey, David, 1989. The Condition of Postmodernity. London: Basil Blackwell.
Krauss, Celene, 1990. "Blue-Collar Women and Toxic Waste Protests," Annual of Proceedings of the Institue for Women's Policy Research, (im Erscheinen).
Logan, John, and Harvey Molotch, 1987. Urban Fortunes. The Political Economy of Place. Berkeley: University of California Press.
Lowe, Stuart, 1986. Urban Social Movements: The City after Castells. Basingstoke.
Mayer, Margit, 1987. "Städtische Bewegungen in den USA: 'Gegenmacht' und Inkorporierung", Prokla 68, 17/3.
Mayer, Margit, 1990. "Die unternehmerische Stadt,^ in: Borst, Renate u.a., Hg., Das neue Gesicht der Stadt. Basel: Birkhäuser.
Mayer, Margit/Roth, Roland/Brandes, Volkhard, Hg., 1978. Stadtkrise und soziale Bewegungen. Köln: EVA.
Mollenkopf, John, 1983. The Contested City. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
Pickvance, Chris, 1985. "The Rise and Fall of Urban Movements and the Role of Comparative Analysis," Environment and Planning D: Society and Space, 3.

Roth, Roland, 1988. Entgrenzung von Politik? Zur Bilanzierung der institutionellen Effekte neuer sozialer Bewegungen. Ms.
Roth, Roland, 1990a. "Stadtentwicklung und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik," in: Renate Borst u.a., Hg., Das neue Gesicht der Stadt. Basel: Birkhäuser.
Roth, Roland, 1990b. "Städtische soziale Bewegungen und grün-alternative Kommunalpolitik" in: Wollmann/Heinelt, Hg., Lokale Politikforschuang in den 80er und 90er Jahren. Zwischenbilanz und Perspektiven. Basel: Birkhäuser.
Schmoll, Fritz, 1990. "Chancen einer sozial und ökologisch orientierten Politik auf lokaler Ebene: das Beispiel West Berlin," Tagung der Sektion Stadt- und Regionalsoziolgoie, München.
Scott, James Wesley, 1990. "Bürgerinitiativen gegen Städtewachstum. Direkte Demokratie und Kommunalpolitik in Kalifornien," AfK I/1990, 50-69.
Smith, Neil, 1989. "Tompkins Square Park: Riots, Rents and Redskins," Portable Lower East Side 6.
Walsh, Ed J., 1990. Democracy in the Shadows. Citizen Mobilization in the Wake of the Accident at Three Mile Island. New York: Greenwood Press.

Anmerkungen

1 Z.B. Fainstein, 1987; Gottdiener, 1987; Harvey, 1989, 238/9.

2 In den USA fiel diese Zuordnung keineswegs so leicht. Die gleichen Akteure (Stadtteilinitiativen, Hausbesetzer etc.) werden hier eher als Teil eines umfassenderen "Neighborhood Movement" und als Fortsetzung früherer und älterer Bewegungen interpretiert. Sie erscheinen insofern nich als Novum, vielmehr überlappen sich seit den Ghettorevolten der frühen 60er Jahre bis heute unterschiedliche Wellen von Stadtteil- oder stadtbezogener Mobilisierung.

3 Die NSB-Forschung untersucht für die Alternativbewegung beispielsweise deren Tendenz zur Stabilisierung und die Erosion alternativ-ökonomischer Ansprüche. Oder sie untersucht die Selbsthilfebewegung, aber v.a. eingeschränkt auf Policy-Perspektiven: Was sind sozialpolitische Effekte von Selbsthilfe-Einrichtungen, was sind mögliche arbeitsmarkt- oder beschäftigungspolitische Effekte?

4 Castells entwickelte (1983) seine Definition städtischer sozialer Bewegungen weiter, so daß sie nicht nur kollektive Konsumbewegungen einschloß, sondern auch andere, die die Stadt in ihrem Sinne verändern wollen. Vgl. Lowe, 1986. Siehe auch die Beiträge von Krämer und Krämer-Badoni in diesem Heft.

5 Im übrigen hat die Kommune schon immer die Aufgabe wahrgenommen, die Infrastruktur als Produktionsbedingung auf lokaler Ebene bereitzustellen. Nur sahen die infrastrukturellen Voraussetzungen früher anders aus als unter Bedingungen post-fordistischer Akkumulation. (Vgl. Mayer 1990).

6 Die grundlegenden Unterschiede zu dem die Entwicklung städtischer Bewegungen in Lateinamerika oder Asien prägenden Muster herauszuarbeiten, ist eine andere Aufgabe. Siehe den Beitrag zu Mexiko Stadt in diesem Heft.

7 Diese Darstellung basiert auf den Ergebnissen der noch unveröffentlichten Habilschrift: Margit Mayer, "Stadtische Bewegungen und Staat: eine vergleichende Analyse von Entwicklungstendenzen im Verhältnis zwischen städtischen Bewegungen und Staat in BRD und USA," Frankfurt/M. 1987.

8 Vor diesem Hintergund gediehen in der Stadtforschuang der 70er Jahre die instrumentalistischen Theorien, die die Kommune als "verlängerten Arm" oder "Pufferzone" konzipierten. Hier entstanden Konfliktlinien zwischen Bundes- bzw. Landesebene und Kommunen z.B. um Finanzausgleich, Sozialpolitik oder Wohnungsversorgung, und die Frage war, ob die kommunale Opposition lediglich Legitimationsfunktionen erfüllte oder einen Raum lokaler Autonomie erzeugte. (Vgl. Grauhan, 1975). Unter dem Eindruck der politischen Auseinandersetzugen um die Chancen der kollektiven Konsumtion hat Castells diese als das eigentliche Feld städtischer Politik definiert.

9 Z.B. Daniel Bell, Virginia Held, 1969. "The Community Revolution," The Public Interest 16, Sommer 1969.

10 Für die USA wurde festgestellt, daß dort, wo sich die Wachstumsindustrien konzentrieren (z.B. Städte im Sunbelt der USA), die meisten Teilzeit- und Abrufarbeitsplätze, die höchste Zahl von Vollerwerbstätigen, die mit ihrem Lohn `unter` der Armutsgrenze bleiben, und die rapideste Ausbreitung der informellen Ökonomie zu finden sind. (Logan/Molotch, 1987: 281)

11 Schon seit Mitte der 70er Jahre gingen Teile der lokalen Bewegungen auf grün/bunt/alternativen Listen in die lokalen Parlamente, nach dem Motto: "Jetzt wählen wir uns selbst!", um ihre Alternative auch *innerhalb* zentraler politischer Institutionen präsent zu machen.